



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz

Es informiert Sie:	Melina Korb
Telefon:	02104/99-1820
Fax:	02104/99-4853
E-Mail:	melina.korb@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 21.11.2024

Niederschrift

zur Sitzung des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz

Sitzungstermin Donnerstag, den 07.11.2024, 16:30 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Raum 1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Martina Köster-Flashar

Mitglieder

Markus Bösel
Dirk Brixius
Schabestan Gafari
Tobias Horn
Marc Kammann
Dirk Kapell
Leonard Kern-Wagner
Friedrich-Ernst Martin
Helmut Rohden
Siedi Serag
Udo Switalski
Elke Thiele
Dietmar Weiß
Peter Werner
Hans-Gerhard Winter

Verwaltung

Katharina Beck
Sascha Becker
Nils Hanheide
Brigitte Heinz
Catherine Klages-Kriegel
Melina Korb

Florian Peters
Claudia Rügemer
Torsten Schams
Christian Schölzel
Tina Steffens
Martin Stumpf
Thomas Tödter

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
 - 1.1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
 - 1.3. Feststellung der Anwesenheit
 - 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - 1.5. Feststellung der Tagesordnung
 - 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 19.09.2024
3. Informationen der Verwaltung
4. 20. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung über die Abfallentsorgung im Kreis Mettmann 32/016/2024
5. Energieberatung der Verbraucherzentrale NRW - Anpassung der Finanzierungsregelungen 39/004/2024
6. Änderung der Gebührensatzung für die Kreisfeuerwehrschule ab dem Lehrgangsbeginn 2025 38/013/2024
7. Haushalt 2025 20/016/2024
8. Konzeption zur Neuauflage der Kampagne „Bleib fair, halte Abstand!“ im Kreis Mettmann unter Erweiterung weiterer Themenstellungen des Fahrradverkehrs 36/001/2024/2
9. Beförderungsentgelte für die im Kreis Mettmann genehmigten Taxen 36/003/2024
Hier: Antrag der Fachvereinigung Personenverkehr Nordrhein Taxi - Mietwagen e.V. vom 23.02.2024
10. Neufassung der Satzung über die Abfallwirtschaft und Abfallentsorgung im Kreis Mettmann (Abfallsatzung) 32/018/2024

11. Das Ausländeramt des Kreises Mettmann in Zahlen
Hier: Anfrage der AfD-Fraktion vom 04.10.2024

33/003/2024

12. Nachträge

Nicht öffentlicher Teil

13. Informationen der Verwaltung

14. Nachträge

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Die Vorsitzende, Frau KA Köster-Flashar, eröffnet die Sitzung um 16:30 Uhr und stellt fest, dass die Mitglieder ordnungsgemäß geladen worden sind.

Anschließend stellt sie die Anwesenheit unter Berücksichtigung der Vertretungen sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Herr KA Rohden vertritt Herrn KA Gartmann. Frau KA Thiele vertritt Frau KA Petschull. Herr KA Burghaus fehlt entschuldigt.

Anschließend wird die Tagesordnung festgestellt.

Für die Tagesordnungspunkte 4, 5, 6, 9 und 10 wird als Berichterstatterin für den Kreistag Frau KA Gafari von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN benannt.

Herr SB Kern-Wagner wird durch die Vorsitzende KA Köster-Flashar verpflichtet.

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 19.09.2024

Der Ausschuss genehmigt die Niederschrift zur Sitzung vom 19.09.2024 einstimmig.

Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung

Herr Hanheide informiert über das Telenotarzt-System Bergisches Land.

Dies stelle eine Ergänzung des Rettungssystems dar und werde in Kooperation mit den Bergischen Großstädten, dem Ennepe-Ruhr-Kreis sowie der Stadt Leverkusen betrieben. Nach erfolgter Ausschreibung der Personaldienstleistungen und der technischen Infrastruktur seien die Vergaben durch die Stadt Leverkusen als zweiter Kernträgerin neben dem Kreis Mettmann durchgeführt worden. Mit der Umsetzung sei ein Unternehmen aus Aachen beauftragt. In der Startphase solle die telenotärztliche Leistung über das bestehende Telenotarzt-System in Aachen durchgeführt werden. Bis Februar 2025 sollen jeweils zwei Rettungswagen je Gebietskörperschaft technisch ausgerüstet werden und Schulungen für Multiplikatoren abgeschlossen sein. Eine große Herausforderung würden derzeit noch die Verhandlungen mit den Kostenträgern darstellen, welche sich für eine eigene Telenotarztgebühr und gegen eine Umlage auf RTW-Einsätze ausgesprochen haben. Der offizielle Start des Telenotarzt-systems Bergisches Land sei für das dritte Quartal 2025 vorgesehen.

Herr Hanheide teilt mit, dass das neue Rettungsgesetz NRW nun im Entwurf vorliege. Die Rechte der Kreise im Rettungsdienst würden damit erheblich gestärkt. Der Gesetzesentwurf sehe vor, dass die Zuständigkeit der kreisangehörigen Städte, welche bislang Träger rettungsdienstlicher Aufgaben sind, im Rettungsdienst vollständig entfallen sollen. Der Gesetzesentwurf sehe als einzige Ausnahme vor, den Städten rettungsdienstliche Aufgaben im Rahmen einer mandatierenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zu übertragen. Dabei würden die Zuständigkeit sowie die Verantwortlichkeit weiterhin dem Kreis obliegen und lediglich die Ausführung auf die Städte übertragen.

Die Umsetzung des Gesetzes in Form des vorliegenden Entwurfs würde für den Kreis Mettmann einen erheblichen Aufwand bedeuten, da vielfältige organisatorische, personelle und finanzielle Vorkehrungen getroffen werden müssten. So müsste der Kreis erforderlichenfalls Rettungswachen im Kreisgebiet mit entsprechendem Personal eigenständig betreiben.

Des Weiteren sehe der Gesetzesentwurf vor, dass künftig ausschließlich die Kreise die Rettungsdienstgebühren festsetzen. Dies habe den Vorteil, dass sodann zentrale Verhandlungen mit den Kostenträgern geführt werden könnten. Jedoch würden für die Aufgabenwahrnehmung entsprechende personelle Ressourcen benötigt werden.

Die Verwaltung wird den Ausschuss über die weitere Entwicklung des Gesetzgebungsverfahrens fortlaufend informieren.

Zu Punkt 4:	20. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung über die Abfallentsorgung im Kreis Mettmann - Vorlage Nr. 32/016/2024
--------------------	---

Herr KA Brixius erklärt, dass die SPD-Fraktion dem Vorschlag auch dieses Mal zustimmen werde. Allerdings werde man dies, anders als früher, nicht gerne tun. Die Sinnhaftigkeit der CO²-Abgabe könne man durchaus hinterfragen. Einen Anreiz, Müll einzusparen, gebe es ohnehin bereits.

Herr KA Switalski schließt sich Herrn KA Brixius an. Mit Blick in die Zukunft merkt er an, dass die Emissionshandelspreise nach einer Obergrenze in den Jahren 2025 und 2026 ab 2027 frei gehandelt werden. Es seien also exorbitante Preissteigerungen zu erwarten, aber er sehe keine Alternative.

Herr Hanheide bestätigt die erwartete Preissteigerung mit Verweis auf das Brennstoffemissionshandelsgesetz. Der Emissionshandel sei ab 2027 freigegeben.

Frau Klages-Kriegel führt ergänzend aus, dass für das Jahr 2026 noch ein Preiskorridor zwischen 55 € und 65 € gesetzlich verankert sei. Ab dem Jahr 2027 gebe es aber keine Deckelung mehr. Daher rechnen Branchenkenner mit einer Preissteigerung im dreistelligen Bereich.

Beschlussvorschlag für den Kreistag:

Die 20. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung über die Abfallentsorgung im Kreis Mettmann (Anlage 2) einschließlich der zugrundeliegenden Gebührenbedarfsberechnung (Anlage 1) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 5:	Energieberatung der Verbraucherzentrale NRW - Anpassung der Finanzierungsregelungen - Vorlage Nr. 39/004/2024
--------------------	--

Herr Hanheide weist darauf hin, dass die Vorlage auch mit den Städten Ratingen und Langenfeld abgestimmt werden muss. Aus der Stadt Ratingen seien noch redaktionelle Änderungsvorschläge an der Vereinbarung im Fachamt eingegangen. Diese müssten nun auch noch einmal mit der Stadt Langenfeld abgestimmt werden. Herr Hanheide bittet dennoch darum, dass der Ausschuss dem Beschlussvorschlag folgen möge. Eine aktuelle Fassung der Vereinbarungen werde spätestens für die Sitzung des Kreistages nachgereicht.

Beschlussvorschlag für den Kreistag:

Die Änderungsfassungen der Verträge zwischen dem Kreis Mettmann, den Städten Ratingen und Langenfeld sowie der Verbraucherzentrale NRW für die Energieberatung in den kreisangehörigen Städten werden beschlossen (Anlagen 5 und 6).

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 6:	Änderung der Gebührensatzung für die Kreisfeuerweherschule ab dem Lehrgangsbeginn 2025 - Vorlage Nr. 38/013/2024
--------------------	---

Die Vorsitzende KA Köster-Flashar ruft den Tagesordnungspunkt auf. Seitens der Ausschussmitglieder gibt es keine Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag für den Kreistag:

Die zweite Satzung zur Änderung der Gebührensatzung des Kreises Mettmann vom 24.03.2021 für die Kreisfeuerweherschule Mettmann (Anlage 1) wird unter Berücksichtigung der zugrundeliegenden Gebührenbedarfsberechnung (Anlage 2) für die Lehrgänge ab dem Jahr 2025 beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 7:	Haushalt 2025 - Vorlage Nr. 20/016/2024
--------------------	--

Die Vorsitzende ruft die relevanten Produkte, soweit sie in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz fallen, auf. Die Anträge der Verwaltung stehen bei den jeweiligen Produkten zur Beratung und Beschlussfassung an. Nach abschließender Aussprache schließt sich die Gesamtabstimmung über den Haushalt als Empfehlung für den Kreisausschuss und Kreistag an.

Die in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz fallenden, relevanten Produkte 01.11.01 (Rechtsberatung und -vertretung), 02.01.01 (Wahlen), 02.02.01 (Ordnungsangelegenheiten), 02.02.02 (Personenstandswesen), 02.02.03 (Bußgeldstelle), 02.03.01 (Aufenthaltsrechtliche Angelegenheiten), 02.04.01 (Verbraucherschutz), 02.04.03 (Veterinärwesen), 02.05.01 (Verkehrssicherheit), 02.05.02 (Fahr- und Beförderungserlaubnisse), 02.05.03 (Zulassungsangelegenheiten), 02.06.01 (Feuerschutz), 02.06.02 (Leitstelle), 02.06.03 (Kreisfeuerweherschule), 02.07.01 (Allgemeiner Ret-

tungsdienst), 02.07.02 (Notarztversorgung), 02.08.01 (Zivil- und Katastrophenschutz), 11.01.01 (Verwertung und Entsorgung von Abfällen) und 11.01.02 (Deponiebetrieb) werden jeweils nach den jeweiligen Beratungen einstimmig angenommen.

Produktbereich 02 (Sicherheit und Ordnung)

Produkte 02.02.01 bis 11.01.02

Produkt 02.06.03

Antrag der Verwaltung

Seite 471 Zeile 4 im Ergebnisplan

Zeile 4	2025	2026	2027	2028
HH-Ansatz in €	858.450	854.150	849.800	845.400
Ansatz (neu) in €	918.450	914.150	909.800	905.400
Differenz in €	60.000	60.000	60.000	60.000

(Finanzplan stimmt mit Ergebnisplan überein)

Seite 471 Zeile 29 im Ergebnisplan

Zeile 29	2025	2026	2027	2028
HH-Ansatz in €	-193.000	-193.000	-193.000	-193.000
Ansatz (neu) in €	-270.000	-270.000	-270.000	-270.000
Differenz in €	-77.000	-77.000	-77.000	-77.000

(Finanzplan stimmt mit Ergebnisplan überein)

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Produkt 11.01.01

Antrag der Verwaltung

Seite 930 Zeile 4 im Ergebnisplan

Zeile 4	2025	2026	2027	2028
HH-Ansatz in €	25.390.665	25.890.247	25.915.077	25.930.962
Ansatz (neu) in €	27.307.267	27.317.454	27.342.088	27.357.776
Differenz in €	1.916.602	1.427.207	1.427.011	1.426.814

(Finanzplan stimmt mit Ergebnisplan überein)

Seite 930 Zeile 5 im Ergebnisplan

Zeile 5	2025	2026	2027	2028
HH-Ansatz in €	2.210.050	2.210.050	2.210.050	2.210.050
Ansatz (neu) in €	2.379.900	2.379.900	2.379.900	2.379.900
Differenz in €	169.850	169.850	169.850	169.850

(Finanzplan stimmt mit Ergebnisplan überein)

Seite 930 Zeile 6 im Ergebnisplan

Zeile 6	2025	2026	2027	2028
HH-Ansatz in €	829.900	829.900	829.900	829.900
Ansatz (neu) in €	772.250	772.250	772.250	772.250
Differenz in €	-57.650	-57.650	-57.650	-57.650

(Finanzplan stimmt mit Ergebnisplan überein)

Zeile 13	2025	2026	2027	2028
HH-Ansatz in €	27.770.400	28.259.600	28.259.600	28.259.600
Ansatz (neu) in €	29.801.350	29.801.350	29.801.350	29.801.350
Differenz in €	2.030.950	1.541.750	1.541.750	1.541.750

(Finanzplan stimmt mit Ergebnisplan überein)

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Beschlussvorschlag für den Kreistag:

Der Ausschuss nimmt den vorliegenden Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2025 – soweit er in seine Zuständigkeit fällt – zur Kenntnis und empfiehlt dem Kreisausschuss dem Entwurf mit den beratenen Änderungen zuzustimmen und an den Kreistag zur Beschlussfassung weiterzuleiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

**Zu Punkt 8: Konzeption zur Neuauflage der Kampagne „Bleib fair, halte Abstand!“ im Kreis Mettmann unter Erweiterung weiterer Themenstellungen des Fahrradverkehrs
- Vorlage Nr. 36/001/2024/2**

Frau KA Gafari bedankt sich dafür, dass das Thema nach der letzten Sitzung intern noch einmal beratschlagt werden konnte. Man habe mit dem ADFC einen Kompromiss finden wollen. Auch wenn der ADFC die vorliegende Konzeption nicht mittrage, sei es für Radfahrende fatal, die Konzeption nicht zu beschließen. Sie habe zudem mit Freude zur Kenntnis genommen, dass in Hilden erste Abstandsmessungen seitens der Polizei stattgefunden haben. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN würde es begrüßen, wenn im Rahmen der Kapazitäten der Polizei weitere Messungen auch in anderen Städten stattfinden würden.

Herr SB Winter kritisiert den scharfen Ton seitens des ADFC, der dem Ausschuss vorschreiben wolle, was dieser zu tun habe.

Frau KA Gafari entgegnet, dass man über den Ton diskutieren könne, man aber auch nicht vergessen dürfe, dass der ADFC ein Interessenverband sei. Daher habe man die Intention gehabt, den ADFC zu beteiligen. Die Kampagne sei eine gute Lösung für die Sicherheit der Radfahrenden.

Die Vorsitzende KA Köster-Flashar betont noch einmal, dass ein Miteinander wichtig sei und dass die für die Kampagne vorgesehenen 15.000 € sinnvoll investiert seien.

Beschlussvorschlag für den Kreisausschuss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Konzeption zur Neuauflage „Bleib fair, halte Abstand!“ unter Erweiterung weiterer Themenstellungen des Fahrradverkehrs umzusetzen.

Die für die Umsetzung der Konzeption eingestellten und mit Sperrvermerk versehenen Haushaltsmittel in Höhe von 15.000 € werden entspert.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

**Zu Punkt 9: Beförderungsentgelte für die im Kreis Mettmann genehmigten Taxen
Hier: Antrag der Fachvereinigung Personenverkehr Nordrhein Taxi -
Mietwagen e.V. vom 23.02.2024
- Vorlage Nr. 36/003/2024**

Herr KA Brixius erklärt, dass der Beschlussvorschlag aussagekräftig sei und die SPD diesen mittragen werde.

Herr KA Kapell macht deutlich, Sympathien für die Interessen des Taxigewerbes zu hegen, aber er sehe es wie die Verwaltung. Auch die Taxiunternehmen seien sich in diesem Punkt uneinig. Zudem dürfe man die Konkurrenz durch Uber und ähnliche Unternehmen nicht außer Acht lassen.

Beschlussvorschlag für den Kreistag:

Der Antrag der Fachvereinigung Personenverkehr Nordrhein Taxi-Mietwagen e.V. vom 23.02.2024 auf Erhöhung der Beförderungsentgelte für die im Kreis Mettmann genehmigten Taxen, einschließlich der Einführung eines Zuschlags für Fahrten mit einem „RolliTaxi“, wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

**Zu Punkt 10: Neufassung der Satzung über die Abfallwirtschaft und Abfallentsorgung im Kreis Mettmann (Abfallsatzung)
- Vorlage Nr. 32/018/2024**

Die Vorsitzende KA Köster-Flashar ruft den Tagesordnungspunkt auf. Seitens der Ausschussmitglieder gibt es keine Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag für den Kreistag:

Die Neufassung der Satzung über die Abfallwirtschaft und Abfallentsorgung im Kreis Mettmann (Abfallsatzung) wird einschließlich des Abfallkatalogs in der Fassung der Anlagen (Anlagen 2 und 3) beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

**Zu Punkt 11: Das Ausländeramt des Kreises Mettmann in Zahlen
Hier: Anfrage der AfD-Fraktion vom 04.10.2024
- Vorlage Nr. 33/003/2024**

Die Ausschussvorsitzende KA Köster-Flashar erklärt, dass Sie in der letzten Sitzung darum gebeten habe, dass die AfD ihre Anfrage zu diesem Tagesordnungspunkt an die Verwaltung richten möge. Sie weist in diesem Zusammenhang noch einmal darauf hin, dass Anfragen nicht an die Ausschussvorsitzende, sondern grundsätzlich an die Verwaltung zu richten seien.

Herr Hanheide erklärt, dass es ihm mit Blick auf die letzte Sitzung ein Herzensanliegen sei, einen Punkt aufzugreifen. Offenkundig missfalle es der AfD, dass Herr Peters als Leiter des

Ausländeramtes seine Mitarbeiter lobe. Herr Hanheide stelle sich ausdrücklich hinter das Ausländeramt und die dort in hervorragender Weise erbrachten Leistungen.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Punkt 12: Nachträge

Keine.

Die Nichtöffentlichkeit wird um 17:11 Uhr hergestellt.

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 17:13 Uhr

gez.
Martina Köster-Flashar

gez.
Melina Korb